

**In 60 Sekunden neutral informiert!**



**VIMENTIS**

*Für die Zukunft der Schweiz*



**Informieren Sie sich JETZT  
schnell, einfach und neutral!**

Die neutrale Plattform für politische Informationen.  
Immer einfach und schnell informiert auf [vimentis.ch](http://vimentis.ch)



## Volksinitiative “6 Wochen Ferien für alle”

---

### Ziele dieser Vorlage

Durch mehr Ferien im Jahr soll ein besserer Ausgleich zwischen Arbeitsbelastung und Erholung geschaffen werden.

### Was wird geändert?

- Jeder Arbeitnehmer hat neu Anspruch auf 6 (bisher 4) Wochen bezahlte Ferien im Jahr.
- Der Mindestanspruch wird zunächst auf 5 Wochen festgelegt und dann in den nächsten 5 Jahren stufenweise auf 6 Wochen erhöht. Dabei soll die Mindestferienzeit jährlich um einen Tag erhöht werden, bis die 6 Wochen erreicht sind.

### Argumente dafür

- Wegen steigender Arbeitsbelastung ist eine längere Erholungszeit nötig und deswegen auch längere Ferien, um einen besseren Ausgleich zur Arbeitsbelastung zu erreichen.
- Durch längere Erholung steigt langfristig die Leistungsfähigkeit, da sie von der hohen Arbeitsbelastung stark beeinträchtigt ist.
- Die allgemeinen Kosten der zu hohen Arbeitsbelastung werden gesenkt.

### Argumente dagegen

- Es ist nicht erwiesen, dass mehr Ferien auch mehr Erholung bedeuten. Andere Faktoren wie Arbeitszeit, Löhne oder Flexibilität sind ebenfalls zu beachten.
- Vor allem in kleineren Unternehmen wird die Produktivität stark beeinträchtigt.
- Die Arbeitskosten steigen, was zu Stellenabbau führen wird. Zudem wird der Leistungsdruck zunehmen.



# Bundesgesetz über die Buchpreisbindung

---

## Ziele dieser Vorlage

Durch die Buchpreisbindung soll das Kulturgut Buch und dessen Vielfalt gefördert und der Schweizer Buchmarkt geschützt werden. Damit soll möglichst vielen Lesern den Zugang zu Büchern ermöglicht werden.

## Was wird geändert?

- Verleger können für alle Bücher in den Schweizer Landessprachen, die in der Schweiz verkauft oder eingeführt werden, fixe Preise bestimmen. Auch der Online-Handel fällt unter diese Regelung.
- Buchhändler dürfen einen Maximalrabatt von 5% gewähren.

## Argumente dafür

- Die Vielfalt und Qualität des Kulturgutes Buch wird gefördert und ein breiter Zugang für die Leser geschaffen.
- Die Buchpreisbindung hält die Buchpreise über das gesamte Sortiment tief. Für Bücher mit tieferen Auflagen kann so ein günstiger Preis garantiert werden.
- Die Kulturförderung durch die Buchpreisbindung kostet den Staat keinen einzigen Subventionsfranken.

## Argumente dagegen

- Eine Buchpreisbindung schadet durch die hohen Preise dem Schweizer Buchmarkt.
- Bücher werden heute zu 90% importiert. Von der Preisbindung profitieren in erster Linie ausländische Grossverleger, die die Gewinne durch die höheren Preise abschöpfen.
- Das Kulturgut Buch wird bereits heute stark gefördert. Die Bucherbranche wird mit der Preisbindung lediglich vom Wettbewerbsprinzip ausgenommen.



### Ziele dieser Vorlage

Mehr Menschen sollen sich ein eigenes Heim leisten können.

### Was wird geändert?

- Kantone dürfen für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum steuerliche Abzüge gewähren. Es können 10 Jahre lang maximal 15'000 CHF (30'000 CHF für Ehepaare), für die Finanzierung von Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen maximal 5'000 CHF (10'000 CHF für Ehepaare) steuerlich abgezogen werden.
- Es kann nicht für beide Zwecke gleichzeitig gespart werden.

### Argumente dafür

- Bausparen ist ein effizientes Mittel zur Förderung von Wohneigentum, Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen.
- Bausparen verhindert Rentenkürzungen, da keine Mittel aus der 2. und 3. Säule vorbezogen werden müssen.
- Bausparen führt zu Mehrinvestitionen und kompensiert so die Steuerausfälle.

### Argumente dagegen

- Nur Haushalte mit mittleren und hohen Einkommen können profitieren.
- Durch den Anreiz, dass sich auch Haushalte mit tieferen Einkommen Wohneigentum leisten, können die Hausbesitzer bei steigenden Zinsen ihre Zinsen nicht mehr bezahlen.
- Bausparen verursacht Steuerausfälle bei Bund und Kantonen.



## Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke

---

### Ziele dieser Vorlage

Die Reinerträge aus allen Geldspielen sollen gemeinnützigen Zwecken wie Kultur, Sport oder Sozialem, sowie der AHV/IV zufließen. Bund und Kantone sollen den Gefahren von Geldspielen mit neuen Massnahmen Rechnung tragen.

### Was wird geändert?

- Die Kantone werden neu auf Verfassungsebene zum Vollzug der Lotterien und Sportwetten verpflichtet.
- Neu wird auch der Zufluss dieser Geldspiele an gemeinnützige Institutionen in der Verfassung verankert.
- Bund und Kantone erhalten die Aufgabe, die Spielenden mit Schutzmassnahmen vor den Gefahren der Geldspiele zu schützen.

### Argumente dafür

- Indem die Einnahmen aus Geldspielen an gemeinnützige Organisationen gespendet werden müssen, hat der Staat keinen Anreiz, Geldspiele zu fördern.
- Bund und Kanton müssen Massnahmen ergreifen, um die Spielenden vor den Gefahren des Geldspiels zu schützen.
- Das vorgesehene Koordinationsorgan zwischen Bund und Kanton sorgt für eine effiziente Umsetzung des Gegenvorschlages.

### Argumente dagegen

- Indem die Kantone die Einnahmen aus Geldspielen für gemeinnützige Zwecke verwenden, haben diese keinen Anreiz, die Bevölkerung vor Geldspielen zu schützen.
- Durch die Möglichkeit Geldspielautomaten ausserhalb von Casinos anzubieten, entfällt ein wichtiger sozialer Schutz.
- Die aktuelle Gesetzeslage stellt die finanzielle Unterstützung der gemeinnützigen Organisationen bereits ausreichend sicher.



## **Volksinitiative “Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!”**

---

### **Ziele dieser Vorlage**

Die Initiative will den Anteil der Zweitwohnungen pro Gemeinde auf 20% des Gesamtwohnungsbestandes beschränken um so die Zersiedelung der Landschaft und den Anstieg der Immobilien- und Mietpreise zu stoppen.

### **Was wird geändert?**

- Bei Annahme der Initiative wird der Anteil an Zweitwohnungen am Gesamtbestand aller Wohneinheiten und Bruttogeschossfläche pro Gemeinde auf 20% beschränkt.
- Bei einem „Nein“ tritt das angepasste Raumplanungsgesetz in Kraft: Die Kantone erhalten den Auftrag, in Ihrer Raumplanung zu berücksichtigen, dass die Anzahl Zweitwohnungen reduziert werden.

### **Argumente dafür**

- Die empfindlichen Ökosysteme erhalten eine Chance, sich langfristig zu erholen.
- Die Zerstörung der Landschaft durch den enormen Flächenverbrauch von Zweitwohnungen wird gestoppt.
- Hotellerie, Gastgewerbe, sowie Tourismusunternehmen profitieren von der Annahme der Initiative.
- Geisterstädte ausserhalb der Saison werden vermieden.
- Die durch den Zweitwohnungstourismus in die Höhe getriebenen Grundstücks- und Mietpreise werden für Einheimische wieder erschwinglich.

### **Argumente dagegen**

- Der Baustopp bei Annahme der Initiative führt zu massiven bauwirtschaftlichen Einbussen.
- In Gemeinden mit weniger als 20% Zweitwohnungen wird die Initiative den Bau von 2. Wohnungen fördern.
- Die Initiative wirkt der überregionalen Ausbreitung des Ferienwohnungsbaus nicht entgegen.
- Die Massnahmen zur Änderung des Raumplanungsgesetzes sind genügend.
- Die ungenauen Begriffe der Initiative klären nicht, ob eine Umnutzung von Erst- zu Zweitwohnung zugelassen ist.



### **Ziele dieser Vorlage**

Die neue Aufgabenverteilung im Vormundschaftswesen soll den Schutz von Kindern und Erwachsenen verbessern.

### **Was wird geändert?**

- Die Aufgaben der Vormundschaftsbehörde übernimmt eine neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.
- Bei familienrechtlichen Verfahren sind neu die Familiengerichte an den aargauischen Bezirksgerichten und nicht mehr der Gemeinderat zuständig.

### **Argumente dafür**

- Die Familiengerichte verfügen über das nötige Fachwissen für die Bearbeitung der familienrechtlichen Verfahren.
- Durch die einheitliche Zuständigkeit des Familiengerichtes ist klar, wer zuständig ist. Es entstehen keine Konflikte zwischen den Behörden.

### **Argumente dagegen**

- Die Gemeinden müssen sich mit 6,25 Mio. Schweizer Franken an den Kosten beteiligen, obwohl die Verantwortung beim Kanton liegt.
- Die Bezirksgerichte erhalten gerichtsfremde Aufgaben. Das spricht gegen die Gewaltenteilung.



# Justizreform (Totalrevision des Gerichtorganisationsgesetzes)

---

## Ziele dieser Vorlage

Mit der Totalrevision des Gerichtorganisationsgesetzes werden die Aufsicht und die Führung der Gerichte neu festgelegt. Damit diese Revision abgeschlossen werden kann, muss die Kantonsverfassung angepasst werden.

## Ausgangslage

- Diese Änderung der Kantonsverfassung ist Teil der Totalrevision des Gerichtorganisationsgesetzes.
- Mit der Anpassung wird das letzte Teilprojekt der Totalrevision umgesetzt.

## Was wird geändert?

- Die Gerichte werden neu durch die Justizleitung beaufsichtigt und geführt.
- Richter müssen nicht mehr im gleichen Amtskreis wohnen, jedoch weiterhin im Kanton Aargau.

## Argumente dafür

- Das neue Gesetz bringt eine bessere Übersicht und grössere Klarheit über die Gerichtsorganisation.
- Die Organisationsstruktur der Gerichte wird leistungsorientierter. Dadurch können Verfahren schneller bearbeitet werden.

## Argumente dagegen

- Durch die neue Organisationsstruktur entstehen jährliche Zusatzkosten von 486'000 CHF.
- Hauptamtliche Richter erhalten bei Nichtwiederwahl während sechs Monaten weiter ihren Lohn. Bei unverschuldeter Abwahl bekommen sie noch eine Abgangsentschädigung.





## Vorhaben zur Stärkung der Volksschule

---

### Ziele dieser Vorlage

Mit der Vorlage soll das Aargauer Schulsystem erneuert und im Rahmen von HarmoS an die Schulsysteme anderer Kantone angepasst werden.

### Was wird geändert?

- Bei einem JA zur Änderung der Verfassung und einem JA zur Änderung des Schulgesetzes, treten folgende Regelungen in Kraft:
  - Der zweijährige Kindergarten wird für alle Kinder obligatorisch.
  - Die Primarschule dauert neu sechs Jahre (bisher fünf) und die Oberstufenschule drei Jahre (bisher vier).
  - Treten in einer Schulklasse Probleme auf, können verschiedene unterstützende Massnahmen getroffen werden. Beispielsweise können Schüler, welche den Unterricht dauernd stören, in eine von gesamthaft vier regionalen Spezialklassen versetzt werden.

### Argumente dafür

- Die Vorlage führt zur Harmonisierung des Aargauer Schulsystems mit der Schweiz, was den Schulwechsel zwischen den Kantonen vereinfacht.
- Schwierige Klassen können flexibler mit Zusatzlektionen oder Lerngruppen unterstützt werden.

### Argumente dagegen

- Die Verkürzung der Anzahl Oberstufenschuljahre von vier auf drei Jahre führt dazu, dass die Schüler schlechter auf das Berufsleben vorbereitet werden.
- Die Umstellung verursacht jährliche Mehrkosten von maximal 28 Millionen Franken.

## Über Vimentis

---

Vimentis.ch ist die grösste Politikplattform der Schweiz. Über 40 Studierende setzen sich ehrenamtlich für bessere Entscheide in der Schweizer Politik ein.

### Wie stimme ich ab?

- Zu allen nationalen und vielen kantonalen Abstimmungen schreibt Vimentis neutrale Zusammenfassungen, um in nur 60 Sekunden abstimmen zu können!

### Was finde ich sonst noch auf Vimentis?

- Interessierte Leser/-innen finden detaillierte Hintergrundtexte zu Abstimmungen und anderen politischen Themen.
- Auf Vimentis Dialog diskutieren über 60 National- und Ständeräte sowohl viele weitere kantonale Politiker über die aktuelle politische Geschehnisse in der Schweiz.
- Dank der grössten politischen Online-Umfrage der Schweiz sagen jährlich 30'000 Teilnehmende den Politikern und Politikerinnen, wie sie die dringendsten Probleme der Schweiz lösen möchten.